

E/dm

Bern, 5. Juni 1970

N o t i z      an Herrn Direktor      J o l l e s

Betrifft: Vorbereitung der öffentlichen Meinung auf die Integrationsproblematik

1. Gemäss Ihrem Wunsch unterbreite ich einige Anregungen für die Behandlung dieser Frage:

In der gegenwärtigen Phase könnte diese Vorbereitung der Öffentlichkeit vor allem durch drei Mittel erfolgen:

- a) Die laufende Information über die einzelnen Ereignisse (Besuche, Berichte über Tagungen etc.)
- b) Eine vollständige Dokumentation über alle relevanten Aspekte der Problematik
- c) Direktkontakte mit bestimmten Kreisen (Vorträge, Podiumsgespräche, vertraulicher Meinungsaustausch)

2. Die entscheidende Vorfrage ist aber, mit welcher Zielsetzung diese Mittel eingesetzt werden sollen. Diese Zielsetzung ist meines Erachtens das Werben um Verständnis für die Notwendigkeit einer Zwischenlösung, welche die beiden Extreme des Vollbeitritts und der Aussenseiterstellung ausschliesst. Die öffentliche Meinung muss erstens verstehen, warum diese beiden Extreme kaum in Frage kommen. Zweitens muss sie verstehen, dass die Erreichung einer Zwischenlösung seitens der Schweiz die Bereitschaft zum Eingehen neuer Verpflichtungen bedingen wird. Die oben erwähnten Mittel sollten bewusst für diese beiden Zwecke eingesetzt werden, wobei die erwähnten Schlussfolgerungen sich vor allem indirekt aus den hervorgehobenen Fakten sozusagen von selbst ergeben sollten. (z.B. lieber Hinweise auf die internen Veränderungen, welche die ändern europäischen Staaten im Namen der europäischen Zusammenarbeit auf sich genommen haben, als direkter Hinweis auf die spezifischen Änderungen, welche schweizerischerseits zu machen wären)

3. Mit Bezug auf die laufende Information über die einzelnen Ereignisse ist kaum etwas zu verbessern. Trotz der Schwierigkeiten, die sich aus unserer verständlichen Reserve hinsichtlich der Verhandlungsposition ergeben, ist der Eindruck von Unsicherheit bis-

./.



her ja meisterhaft vermieden worden, und es besteht keinerlei "credibility gap". Höchstens wäre vielleicht vermehrt darauf zu achten, dass die Fragen plastischer dargestellt werden, so dass der Laie verstehen kann, warum diese oder jene Frage wichtig ist. Ein guter Anwendungsfall dafür wird die Berichterstattung über die bisherigen Gespräche betr. Technologie sein: Statt technische Fachausdrücke zu gebrauchen, kann man hier an einigen spezifischen Projekten leicht illustrieren, wie nützlich und unerlässlich die europäische Zusammenarbeit ist. Ebenso, wenn einmal der Bundesrat über die Arbeitsgruppenberichte der Probleme der 2. Generation beschlossen hat, könnten diese Bereiche bzw. die Absichten der EG auf diesen Gebieten populär-verständlich dargestellt werden.

4. Hinsichtlich der Dokumentation sollten wir meines Erachtens nicht nur Texte haben, die auf die Fragen antworten, die immer wieder gestellt werden, sondern die auch diejenigen Fragen betreffen, welche für die Urteilsbildung der öffentlichen Meinung wesentlich sein sollten. Eine eventuell zu vervollständigende "check-list" dieser beiden Fragenkategorien ist unter a) bis g) unten enthalten.

Zu diesem Zwecke hat es m.E. wenig Sinn, spezielle Texte auszuarbeiten in jenen zahlreichen Fällen, wo solche Texte schon verfügbar sind (namentlich auch seitens nicht-offizieller Stellen) oder noch verfügbar werden. Economie des moyens! So soll ja gerade die "zusammenfassende Darstellung", die im Hinblick auf den nächsten Bericht über die wirtschaftlichen Massnahmen in Ausarbeitung begriffen ist, den Zweck erfüllen, die öffentliche Meinung vorzubereiten. Hinsichtlich der Fragen, die in der "zusammenfassenden Darstellung" behandelt sind, hat es kaum einen Sinn, noch zusätzliche Texte für einen "Informationsrohstoff" bzw. eine Informationsmappe auszuarbeiten.

Es wird wichtig sein, darauf zu achten, dass die auch für den biedereren Laien verständlich sind und nicht nationalökonomische Fachausdrücke verwenden bzw. Kenntnisse voraussetzen. Gegenwärtig ist vieles, was der schweizerische Leser aus Brüssel zu hören bekommt, für ihn weitgehend unverständlich. Unsere ganze Vorbereitung der öffentlichen Meinung muss jedoch darauf ausgerichtet sein, dass das sonst gegenüber Neuem eher misstrauische Volk versteht, worum es geht. Denn was der Bauer nicht kennt, frisst er nicht! Im unvermeidlichen Referendum z.B.

Für die folgenden Fragen sollten Texte zur Verfügung stehen oder noch gemacht werden:

- a) Begriffe: Hier sollten in einem speziellen Text auf zwei - drei Seiten in sehr anschaulicher Weise Begriffe wie Integration, Zollunion, Freihandelszone, Harmonisierung, Wettbewerbs-

verzerrungen etc. erklärt werden. Auch der Unterschied zwischen der EFTA-Konzeption und der EWG-Konzeption sollte gezeigt, aber nicht dramatisiert werden (z.B. Verschiedene Methoden, um das gleiche Problem der Wettbewerbsverzerrungen zu lösen).

- b) Die Leistungen der EWG: Hier sollte das betr. Kapitel der "zusammenfassenden Darstellung" völlig genügen. Damit dies der Fall ist, sollte aber in diesem Kapitel u.a. auch gezeigt werden, dass sich die EWG-Staaten zu wesentlichen Änderungen ihrer internen Politiken allmählich bereit gefunden haben.
- c) Die Leistungen der EFTA: Zusammenfassende Darstellung genügt.
- d) Warum die Schweiz seinerzeit nicht in die EWG eintrat: Da diese Frage von Ignoranten etwamal gestellt wird, mag es vielleicht nützlich sein, die damalige Situation gegenüber dem Text des Römer Vertrags kurz und vorsichtig zu schildern. Dem negativen Eindruck könnte entgegengewirkt werden, in dem die seitherigen Änderungen auf Seite der EWG stichwortartig (wie im Antrag an den Bundesrat vom September 1969) aufgeführt würden. Sonst ist über die Vorgeschichte m.E. kein spezielles Papier auszuarbeiten, da die zusammenfassende Darstellung alles enthält.
- e) Für die wirtschaftlichen und politischen Probleme einer Beteiligung sollte m.E. kein Text ausgearbeitet werden. Denn man könnte dies wohl kaum tun, ohne unsere Schwächen bzw. Verhandlungsargumentationen vorzeitig aufzudecken. Wir sollten daher m.E. in der Informationsmappe einfach auf noch auszuwählende Publikationen verweisen, z.B. die Kreditanstalt-Publikation von 1968, die Aschinger-Serie in der NZZ, aber auch den Jolles-Vortrag in Basel vom Juni 1969. Der Leser soll aus diesem Inventar seine eigenen Schlüsse ziehen.
- f) Man sollte die Bedeutung von Europa für die Schweiz sowie der Schweiz für Europa in einem Spezialtext schildern, und zwar nicht nur die Handelszahlen, sondern auch die Zahlen betr. Arbeitsmarkt und Kapitalmarkt etc., aus denen wahrscheinlich hervorgehen wird, dass die Schweiz mehr als irgendein anderes Land mit Europa de facto integriert ist.
- g) Schliesslich könnten gewisse leicht zu illustrierende Gebiete Gegenstand von allgemein verständlichen Kurzdarstellungen sein, aus welchen die eventuelle Nützlichkeit europäischer Lösungen abgelesen werden kann. Beispiele wären: Technologie, Rechtsharmonisierung, Währung, Kapitalmarkt. Daraus sollte sich indirekt der Schluss ergeben, dass sich die Schweiz die reine Aussenseiterstellung nicht leisten kann.

M.E. genügt es, wenn diese Informationsmappe auf Beginn der Herbstsaison (September) bereit liegt. In den Sommerferien wird trotz Beginn der Englandverhandlungen die interne Diskussion kaum sehr rege sein. Sollte wirklich etwas gesagt werden müssen - aber nur dann -, könnte der Zeitpunkt der Publikation der zusammenfassenden Darstellung angegeben werden.

5. Wichtiger als die spezielle Ausarbeitung von Informationstexten scheinen mir die Direktkontakte mit bestimmten Kreisen. Das geschieht schon durch die Vertragstätigkeit und durch die Kontakte mit den Bundeshausjournalisten und einzelnen Wirtschaftsjournalisten.

Eine Verbesserung sähe ich nur in zwei Richtungen:

- a) Man sollte mit den Journalisten und sonstigen meinungsbildenden Elementen der verschiedenen Parteien in einen Meinungsaustausch treten. Die Parteien mit ihren oft sehr europäisch angehauchten Programmen könnten eines Tages einen nützlichen Ausgleich gegenüber manchmal übermässig kurzfristig denkenden Verbänden bilden. Dafür müssten sie aber aktiviert werden. Vielleicht könnten Sie je einer massgeblichen Person der jeweiligen Parteipresse mitteilen, dass eine mit der offiziellen Integrationspolitik verwandte Person zu einem informellen Meinungsaustausch mit den Journalisten (im weitesten Sinne) der betr. Partei zur Verfügung stehen würden. Wenn die Offerte kein Interesse findet, tant pis.
- b) Man könnte auch in den einzelnen Kantonen und Regionen (z.B. Ostschweiz ohne Zürich) einen solchen Meinungsaustausch pflegen, an dem alle interessierten Redaktoren oder Zeitungsschreiber (inklusive die nicht unwichtigen Wochenblätter) teilnehmen könnten. Auch hier ginge es bloss darum, unsere Bereitschaft zu einem solchen Meinungsaustausch einer massgeblichen Person mitzuteilen; diese würde dann das Interesse seiner Kollegen von den andern Zeitungen abtasten. Ich bin sicher, dass der Ball z.B. in Basel, Genf, Lausanne etc. aufgenommen würde. Wenn es einmal zu Gesprächen und Verhandlungen kommt, werden ja nicht nur die Wirtschaftsredaktoren an der Frage interessiert sein, sondern auch diejenigen des Ausland- und des Inlandteils der Blätter. Die Regel müsste aber sein, dass es sich bei dieser Kontaktnahme nur um einen Meinungsaustausch handeln würde und nicht um einen Vertrag, der zitiert werden könnte. Es wäre ein Mittel, die meinungsbildenden Elemente mit der Problematik vertraut zu machen. Es könnte aber auch gleichzeitig als ein "exercice en participation" von unten - als eine Übung in gemeinsamen Denken - aufgezogen werden.

- 5 -

Hinsichtlich des Zeitpunktes für diese Kontakte könnte ich mir vorstellen, dass der September bis November (also die Zeit kurz vor (oder etwa gleichzeitig mit) der Gesprächsaufnahme) am günstigsten wäre. Man sollte m.E. den Kontakt nicht erst im Moment von eventuellen Verhandlungsschwierigkeiten suchen, sondern vorher, so dass man im Notfall auf die durch die Kontakte geschaffene Vertrauensbasis zurückgreifen kann. Denn wenn die Frage der Volksabstimmung unterbreitet wird, so kann dies nur dann erfolgreich getan werden, wenn das Publikum über längere Zeithinaus mit der Europaproblematik und vor allem mit der Notwendigkeit einer unvermeidlicherweise neue Bindungen enthaltenden Zwischenlösung vertraut gemacht worden ist. Das geschieht am besten durch relativ vertrauliche Kontakte; denn wenn dies durch öffentliche Erklärungen des Bundesrates oder der Verwaltung geschehen würde, dann würden sich diese dem nicht unberechtigten Vorwurf ausgesetzt sehen, wir würden unsern künftigen Verhandlungspartnern neue Bindungen unsererseits unnötigerweise "offerieren", zumal ja noch keineswegs ausgeschlossen sei, dass wir mit einer reinen Freihandelszonenlösung ohne zusätzliche Verpflichtungen durchkommen.

Chr. Eam. ✓

Kopie an Herrn Hm. Feller